

Name:

Datum:

## Wahlalter ab 16

„In **Schleswig-Holstein** kann ab 16 der Landtag gewählt werden. Ich freue mich darauf beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Kulturförderung und Medienpolitik mitbestimmen zu können.“



Selin, 15

„Ich wohne in **Hamburg** und kann jetzt mit 16 die Bürgerschaft wählen. Damit entscheide ich mit über Bildung, Hochschulen und Kulturangebote der Stadt.“

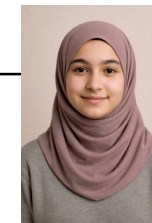


Philipp, 16

„Ich komme aus **Bremen** und darf ab 16 die Bürgerschaft wählen. Ich habe also Einfluss darauf, wie die Polizei ausgestattet wird, wie Innere Sicherheit organisiert ist und wie das Land auf Katastrophen vorbereitet ist.“



Lisa, 17



Ece, 16

„Ich wohne in **Mecklenburg-Vorpommern** und darf ab 16 endlich den Landtag mitwählen. Also bestimme ich mit, über den ÖPNV, Straßen, Fahrradwege und die Entwicklung von ländlichen Regionen.“



Luca, 15

„In **Brandenburg** darf man ab 16 an der Landtagswahl teilnehmen. Damit kann ich die Arbeit der Gesundheitsämter, die Ausstattung der Kommunen und Angebote der Jugendhilfe beeinflussen.“



Luis, 17

„Hier in **Baden-Württemberg** kann man ab 16 den Landtag wählen. Durch meine Wahl kann ich also über Naturschutz, regionale Umweltpolitik und Teile der Energieplanung mitbestimmen.“



Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre kann die demokratische Teilhabe stärken, da Wahlen die wichtigste und am weitesten verbreitete Form politischer Beteiligung sind. Viele Jugendliche verfügen bereits über politisches Interesse und Wissen und sind von politischen Entscheidungen – etwa in Bildung, Klima oder Digitalisierung – direkt betroffen.

Frühere Beteiligung kann zudem politisches Engagement fördern und junge Menschen langfristig stärker an demokratische Prozesse binden.

Kritiker argumentieren, dass das Wahlrecht mit der Volljährigkeit verbunden bleiben sollte, da Rechte und Pflichten im Rechtssystem meist erst mit 18 vollständig gelten.

Zudem wird bezweifelt, ob alle 16- und 17-Jährigen die nötige politische Reife und Unabhängigkeit besitzen, um komplexe politische Entscheidungen zu treffen.

Auch ist unklar, ob eine Absenkung tatsächlich zu höherer politischer Beteiligung führt.